Stand: 29.03.2024 15:27:24

Vorgangsmappe für die Drucksache 16/12198

"Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen! Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld!"

Vorgangsverlauf:

1. Dringlichkeitsantrag 16/12198 vom 17.04.2012
2. Beschluss des Plenums 16/12256 vom 18.04.2012
3. Plenarprotokoll Nr. 99 vom 18.04.2012

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**12198**
17.04.2012

Dringlichkeitsantrag

der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Natascha Kohnen, Christa Steiger, Angelika Weikert, Harald Güller, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen!
Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld!

Der Landtag wolle beschließen:

Für den Landtag hat der flächendeckende Ausbau der Versorgung mit Kinderbetreuungsplätzen in Bayern höchste Priorität. Hierzu ist eine deutlich bessere finanzielle Unterstützung der Kommunen durch Land und Bund zu garantieren. Finanzielle Fehlsteuerungen in Milliardenhöhe durch die Einführung eines Betreuungsgeldes müssen sofort gestoppt werden. Die für das Betreuungsgeld vorgesehenen finanziellen Mittel sind in die frühkindliche Bildung zu investieren. Bildung von Anfang an ist der Schlüssel zur Zukunftsfähigkeit in unserer Gesellschaft.

Der Landtag betont, dass zukünftig neben einer besseren Unterstützung der Kommunen bei Bau und Betrieb von Kindertagesstätten ebenso der großen Verantwortung von Erzieherinnen und Erziehern Rechnung getragen werden muss. Der bestehende krasse Widerspruch zwischen Verantwortung und Bezahlung muss aufgelöst werden.

Begründung:

Der Freistaat Bayern hat nach wie vor erheblichen Nachholbedarf beim Ausbau der vorschulischen Kinderbetreuung. Bei der Ganztagesbetreuung von Kindern unter drei Jahren nimmt Bayern mit einer Betreuungsquote von unter 6 Prozent gar den letzten Platz unter allen Bundesländern ein. Um diese Defizite zu beheben, sollen die für das Betreuungsgeld erforderlichen Mittel in der Höhe von jährlich rund zwei Mrd. Euro in den Ausbau der Infrastruktur für die frühkindliche Bildung und Erziehung investiert werden. Mit diesem Betrag könnten bis zu 200.000 Plätze in Kindertageseinrichtungen geschaffen werden. Auch um die verantwortliche Tätigkeit von Erzieherinnen und Erziehern angemessen zu entlohnen und diesen Beruf attraktiver zu machen, sind zusätzliche finanzielle Mittel erforderlich.

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Bayerischer Landtag
16. Wahlperiode

Drucksache 16/**12256**
18.04.2012

Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten **Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Natascha Kohnen, Christa Steiger, Angelika Weikert, Harald Güller, Inge Aures, Volkmar Halbleib, Franz Maget** und **Fraktion (SPD)**

Drs. 16/**12198**

Ja zu mehr Kinderbetreuung – Kommunen unterstützen! Die Milliarden richtig investieren – Nein zum Betreuungsgeld!

Ablehnung

Die Präsidentin

I.V.

Franz Maget

II. Vizepräsident

Drucksachen, Plenarprotokolle sowie die Tagesordnungen der Vollversammlung und der Ausschüsse sind im Internet unter www.bayern.landtag.de - Dokumente abrufbar. Die aktuelle Sitzungsübersicht steht unter www.bayern.landtag.de – Aktuelles/Sitzungen zur Verfügung.

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl
Abg. Margarete Bause
Abg. Christa Stewens
Abg. Natascha Kohnen
Zweiter Vizepräsident Franz Maget
Abg. Eva Gottstein
Abg. Reserl Sem
Abg. Maria Scharfenberg
Abg. Brigitte Meyer
Abg. Renate Ackermann
Abg. Hans-Ulrich Pfaffmann
Staatssekretär Markus Sackmann
Abg. Manfred Ländner

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Ich rufe Tagesordnungspunkt 2 auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Vorweg möchte ich darauf aufmerksam machen, dass sich die Redezeit wegen des Verzichts der FDP-Fraktion auf einen eigenen Plenardringlichkeitsantrag auf 24 Minuten pro Fraktion verkürzt hat. Ich bitte, das zu berücksichtigen und nicht wild zu schimpfen, wenn wir sagen, dass die Redezeit um ist.
Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Gesetzgebungsverfahren zum Betreuungsgeld stoppen! (Drs. 16/12193)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion (SPD)
Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen!
Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld! (Drs. 16/12198)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben - Schluss mit der Ideologiedebatte um das Betreuungsgeld! (Drs. 16/12202)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erste Rednerin ist Frau Kollegin Bause vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Margarete Bause (GRÜNE): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die Anwesenheit der Kolleginnen und Kollegen der CSU steht doch in merkwürdigem Gegensatz zu ihrem sonstigen Einsatz zum Betreuungsgeld. Ich weiß gar nicht, ob Sie

das Thema inzwischen schon erledigt haben; denn dann könnten wir uns die Debatte heute schenken. Ich befürchte aber, dass das leider nicht so ist. Sie haben jedoch offensichtlich keine guten Argumente, sonst wären Sie hier in der Debatte präsent.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich fordere Sie auf: Nehmen Sie endlich Abschied vom ebenso unsinnigen wie starrsinnigen und sündteuren Projekt, das Betreuungsgeld in Deutschland einzuführen. Nehmen Sie endlich davon Abschied!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Betreuungsgeld hat nichts mit der Unterstützung von Familien und Kindern zu tun. Das Betreuungsgeld hat auch nichts zu tun mit der Anerkennung von Erziehungsleistungen in der Familie. Das Betreuungsgeld hat schon gar nichts mit der Wahlfreiheit zu tun. Im Gegenteil, das Betreuungsgeld ist der völlig falsche Weg, und es ist ein absolut fataler Rückschritt. Es ist ein Rückschritt nicht nur in der Frauenpolitik, sondern in einer modernen Gesellschafts- und Familienpolitik. Es ist ein Rückschritt in einer guten Bildungspolitik ebenso wie in der Sozialpolitik.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Betreuungsgeld nutzt den Familien nichts. Es nutzt einzig und allein Ihnen von der CSU in Ihrem ideologischen Kampf um ein völlig veraltetes Gesellschafts- und Familienbild. Dieses Symbol aber ist eindeutig zu teuer. Es nutzt nicht nur nichts, es ist schädlich und sündteuer, und das können wir uns auf gar keinen Fall leisten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich wende mich deshalb heute an die Mehrheit in diesem Hause. Ich bin überzeugt, in diesem Haus ist eine Mehrheit gegen das Betreuungsgeld vorhanden, und hier sehe ich insbesondere auf die Kolleginnen und Kollegen von der FDP. Ich könnte mir aber auch vorstellen, dass in einigen Köpfen aufseiten der CSU so langsam die Zweifel wachsen an diesem "Unfuggesetz". Das ist kein Begriff von mir, sondern ein CDU-Abgeordneter des Bundestages hat von einem "Unfuggesetz" gesprochen. Der schärfste

Widerstand kommt doch aus Ihren eigenen Reihen. Ich sage deshalb: Ziehen Sie heute endlich die Notbremse. Mit der Mehrheit dieses Hauses könnten wir dieses "Unfuggesetz" beerdigen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Ich will es noch einmal mit Argumenten versuchen. Das Betreuungsgeld ist bildungspolitisch unsinnig. Auch vonseiten der CSU wurde immer wieder herausgestellt, wie wichtig die frühkindliche Bildung ist. Gerade für Kinder, die zu Hause keine Unterstützung bekommen, weil die Eltern keine zusätzlichen Leistungen zahlen können, weil die Eltern sich vielleicht auch nicht in der notwendigen Art und Weise um die Förderung ihrer Kinder kümmern können, ist es absolut notwendig, in den Genuss einer guten frühkindlichen Bildung zu kommen. Diese Kinder sollten in gute Kinderbetreuungseinrichtungen kommen, sie sollten in gute Kindertageseinrichtungen kommen. Doch mit Ihrem Kinderbetreuungsgeld verhindern Sie genau das, anstatt es zu fördern.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Betreuungsgeld hat auch fatale Auswirkungen auf die Gleichberechtigung. Alle schreiben sich die Gleichberechtigung auf die Fahnen und sagen, Männer und Frauen müssen unabhängig leben können. Es darf nicht sein, dass in den Familien einer vom Einkommen des anderen abhängig ist, und das ist meistens die Frau. Die Frau hat dann Schwierigkeiten, wenn sie ein eigenständiges Leben führen will, wenn sie nach einer Familienphase wieder in den Beruf einsteigen will. Sie findet dann kaum einen Job, oder wenn, dann ist es ein schlecht bezahlter. Sie kann keine Karriere machen. Das hat dann auch Auswirkung auf ihre Altersversorgung. Sie fördern deshalb mit dem Betreuungsgeld auch die Armut der Frauen im Alter, anstatt sie zu bekämpfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das Betreuungsgeld ist auch sozialpolitisch fatal. Alleinerziehenden bringt es gar nichts, denn von den 100 oder 150 Euro kann niemand leben, wobei noch gar nicht klar ist, ob das Geld auf das Alg II angerechnet werden soll. Auch diese Fragen sind noch nicht geklärt. In vielen Familien geht es gar nicht, nur von einem Gehalt zu leben, da müssen beide Ehepartner arbeiten. Auch für diese Familien bietet das Betreuungsgeld keine Möglichkeit. Das Betreuungsgeld bietet auch keinen Weg aus der Armut. Im Gegenteil, es verlängert und verstärkt die Armut, es verstärkt den Teufelskreis der Armut. Und für gutsituierte Familien ist das Betreuungsgeld ein willkommenes Mitnahmegeschenk, das sie dann zur Bezahlung ihres Au-pair-Mädchens verwenden können. Auch das ist keine sinnvolle sozialpolitische oder familienpolitische Maßnahme.

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Frau Stewens?

Margarete Bause (GRÜNE): Nein, keine Zwischenfrage.

Das Betreuungsgeld hat auch überhaupt nichts mit Wahlfreiheit zu tun. Wahlfreiheit ist nämlich erst dann gegeben, wenn ausreichend gute und günstige Kinderganztagesbetreuungen vorhanden sind. Dann erst können die Familien entscheiden, wie sie ihr Leben gestalten wollen. Das ist nicht nur etwas, was wir vertreten, sondern genau diese Formulierung ist im Familienbericht Ihrer Regierung kürzlich aufgeführt worden. Wahlfreiheit können Sie nur dadurch herstellen, dass Sie in ausreichende und gute Kinderbetreuungseinrichtungen investieren und nicht, wenn Sie das Geld für diese Unsinnsmaßnahme zum Fenster hinauswerfen.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Die Erziehungsleistung der Familie wird damit auch nicht gewürdigt. Frau Haderthauer hat uns immer wieder erklärt, es geht gar nicht darum, dass es nur die Frau bekommt, die zu Hause bleibt und auf Erwerbstätigkeit verzichtet, sondern das Geld kann auch die Tagesmutter bekommen, die Großmutter, die Nachbarin oder das Au-pair-Mädchen. Was ist denn dann mit der Erziehungsleistung in der Familie, wenn das Geld

alle anderen bekommen können? - Auch das wird mit dem Betreuungsgeld nicht erreicht.

Das Betreuungsgeld ist auch volkswirtschaftlich unsinnig. Wir können Frauen und Männer nicht erst gut ausbilden und ihnen dann auch noch dafür Geld in die Hand geben, dass sie dem Arbeitsmarkt nicht zur Verfügung stehen. Das gilt gerade jetzt, wo Fachkräftemangel besteht. Ich richte deshalb noch einmal meinen eindringlichen Appell an Sie: Hören Sie mit diesem Spuk auf, beenden Sie diesen Unfug, stoppen Sie dieses Projekt Betreuungsgeld. Wir brauchen das Geld viel dringender für Maßnahmen zum Ausbau der Kinderbetreuung. Da haben wir noch einen riesigen Weg vor uns. So ist das Geld richtig eingesetzt, in diese Richtung muss es gehen. Ich appelliere erneut an die Kolleginnen und Kollegen von der FDP: Schalten Sie Ihren Kopf nicht aus, schalten Sie ihn heute ein.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Frau Kollegin Bause, bleiben Sie bitte am Redepult für eine Zwischenbemerkung. Ich kündige schon mal an, dass für den SPD-Dringlichkeitsantrag und für den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt wurde.

(Margarete Bause (GRÜNE): Für unseren Antrag auch!)

- Für den Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN wurde also auch namentliche Abstimmung beantragt. Jetzt hat Frau Stewens eine Zwischenbemerkung. Zwei Minuten. Bitte schön.

Christa Stewens (CSU): Frau Kollegin Bause, aus Ihrem Wortbeitrag kann ich schließen, dass Sie grundsätzlich davon ausgehen, dass alle Kinder unter drei Jahren in staatlichen Betreuungseinrichtungen besser aufgehoben sind als in der Familie, wo sie Bildung und Erziehung genießen können.

(Markus Rinderspacher (SPD): Besser zuhören!)

Ich möchte Ihnen klar und deutlich sagen: Das ist eine Diffamierung aller Familien. Das ist eine Diffamierung der Erziehungs- und Bildungsleistung, die in unseren Familien für die Kinder unter drei Jahren, aber auch grundsätzlich für alle Kinder, erbracht wird.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Kokolores!)

Margarete Bause (GRÜNE): Liebe Frau Kollegin Stewens, Ihrer Wortmeldung kann ich entnehmen, dass Sie wirklich nur ideologisch argumentieren können und von der Lebensrealität der jungen Frauen offenbar gar keine Ahnung haben.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Es geht doch nicht darum, den Frauen bzw. den Familien vorzuschreiben, wie sie das zu Hause organisieren. Aber wir dürfen nicht noch eine zusätzliche Prämie geben, um genau die Kinder vom Besuch der Krippe abzuhalten, die es am allernötigsten hätten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie sagen zwar, es handle sich um einen gerechten Ausgleich, indem der Staat auf der einen Seite die Kinderkrippen finanziert und auf der anderen Seite denen etwas gibt, die ihren Aufgaben zu Hause nachkommen. Die Kinderbetreuungseinrichtungen sind eine dringend notwendige staatliche Infrastruktur. Dazu gibt es in Bayern einen riesigen Nachholbedarf, und zwar gerade als Folge Ihrer langjährigen Politik.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Was ist das denn für eine absurde Vorstellung, dass man jemandem für die Nichtinanspruchnahme einer staatlichen Infrastruktur noch Geld geben will! Das ist doch so, wie wenn man beim Ausbau des schnellen Internets sagt: Wer auf einen Computer verzichtet und lieber einen Brief schreibt, der kriegt ein zusätzliches Geld für die Briefmarke. Genau das wäre die Analogie.

(Beifall bei den GRÜNEN - Alexander König (CSU): Aber das wollen Sie nicht!)

Vierte Vizepräsidentin Christine Stahl: Als Nächste hat sich Frau Kohnen für die SPD zu Wort gemeldet.

Natascha Kohnen (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Liebe Frau Stewens, laut einer aktuellen Emnid-Umfrage plädieren 76 % der Deutschen dafür, die Mittel, die für das Betreuungsgeld eingesetzt werden sollen, besser in den Ausbau der Kita-Plätze fließen zu lassen.

Warum ist denn die Ablehnung so rigoros, wenn das Betreuungsgeld angeblich so sehr für die Wahlfreiheit der Eltern steht, wie Sie von der CSU so gern aus ideologischen Gründen glauben machen wollen? Eltern sollen Wahlfreiheit haben. Aber in der Realität gibt es diese eben oft nicht. In vielen Familien müssen beide Elternteile arbeiten, damit sie in unserer Gesellschaft überhaupt über die Runden kommen.

Wie sieht es denn mit der sogenannten Wahlfreiheit für Alleinerziehende aus? Weiterhin gibt es viele Familien, in denen beide Elternteile arbeiten wollen, die Familie und Beruf unter einen Hut bekommen müssen. All diese Eltern brauchen eine qualitativ gute Kinderbetreuung. Sie wollen auch eine hervorragende frühkindliche Bildung; denn diese ist der Schlüssel für die Entwicklung der Kinder in der Zukunft.

Ebenso wichtig ist frühkindliche Bildung für viele Kinder mit Migrationshintergrund. Sie erhalten in den Kitas eine gute Förderung, die Integration, Teilhabe und Aufstiegschancen von Anfang an bietet. Das ist für diese Kinder eine Riesenchance. Es ist eine Riesenchance auch für uns als Gesellschaft. Die Gesellschaft muss das wollen. Wir dürfen von Integration nicht nur reden.

Wann gibt es denn überhaupt eine echte Wahlfreiheit? Es gibt sie nur, wenn genügend Betreuungsangebote vorhanden sind. Da hinkt Deutschland im europaweiten Vergleich deutlich hinterher. Wer bildet das Schlusslicht? Das ist Bayern. Wenn Sie das Statistische Bundesamt befragen, erfahren Sie, dass die Ganztagsbetreuungsquote in Deutschland 12,9 % beträgt. Und wo ist Bayern? - An letzter Stelle. Die Ganztagsbetreuungsquote in Bayern liegt bei 5,9 %. So sieht die Realität aus.

Ich sage Ihnen eines: In unserem Land müssen erst einmal die Hausaufgaben erledigt werden, bevor wir von Wahlfreiheit sprechen können. Wir brauchen das Geld für die Schaffung von Kinderbetreuungsplätzen. Wenn es um den Ausbau der Kinderbetreuung geht, dann dürfen, sehr geehrte Damen und Herren der Staatsregierung, die Kommunen mit den Investitions- und Betriebskosten nicht im Regen stehen gelassen werden. Die extremen Defizite lassen sich nicht mit einer Betreuungsgeldaugenauswischerei aus der Welt schaffen. Die gebetsmühlenartige Betonung des angeblich guten alten Familienbildes ist auch nicht mehr zeitgemäß. Unsere Gesellschaft hat sich verändert. Das müssen Sie endlich akzeptieren.

Für die Kolleginnen und Kollegen der FDP darf ich die amtierende Bundesministerin Frau Leutheusser-Schnarrenberger zitieren, die im "Spiegel" gesagt hat: Das Betreuungsgeld passt eigentlich nicht mehr in die Zeit. Sie hat gesagt, der Ausbau der Kinderbetreuung sollte angesichts der Unterfinanzierung der Einrichtungen Priorität haben. Das ist richtig.

Lieber Herr Bertermann, liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, lassen Sie sich doch einmal von einer richtigen Erkenntnis Ihrer Bundesministerin leiten. Setzen Sie sich doch einmal wieder durch! Wie wäre das? Wir sollten gemeinsam richtige Prioritäten setzen.

Schauen wir uns doch einmal die Realität in den Kindertagesstätten an. In kaum einem anderen Beruf steht der Anspruch an das Personal und an die Verantwortung, die es trägt, in einem so krassen Gegensatz zur Bezahlung. Deshalb müssen die finanziellen Mittel hier hineingelenkt werden, damit die schlechte Bezahlung endlich aufhört.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr geehrten Kollegen, wir müssen in Zeiten knapper Kassen verantwortlich Prioritäten setzen, die uns echt zukunftsfähig machen. Das Betreuungsgeld konterkariert doch alle Bemühungen, die wir in den letzten Jahren für die Bildung unternom-

men haben. Wir brauchen kein Geld zur Schaffung falscher Anreize, d. h. keinen Anreiz, keiner oder einer geringfügigen Beschäftigung nachzugehen. Denn so etwas würde sich später auf die Rente böse auswirken. Bereits heute ist in Bayern die Altersarmut weiblich. Die Erfahrungen mit dem Betreuungsgeld haben in Thüringen gezeigt, dass gerade die Frauenerwerbsquote sinkt, mit der Folge, dass Frauen ohne sozialversicherte Arbeit besonders durch Armut gefährdet sind und infolge fehlender Rentenansprüche darunter leiden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der FDP, ich appelliere an Sie: Folgen Sie auch Ihrer Generalsekretärin, die vor zwei Tagen gesagt hat, sie werde gegen das Betreuungsgeld stimmen, weil es Überzeugungen gebe, die man nicht verlieren könne.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der CSU, ich bitte Sie, sich sachlich mit den Ergebnissen aus Thüringen auseinanderzusetzen. Sie brauchen nicht nach Schweden zu fahren, um zu sehen, wie man Probleme löst. Das können Sie direkt in Ihrer Nachbarschaft erkennen. Schauen Sie sich das vorurteilsfrei an.

Lieber Herr Schmid - er ist leider nicht da -, dann lieber Herr König, Sie sollten an die Adresse des Herrn mit dem dicken schwarzen Brillengestell in der Nymphenburger Straße sagen: Ohne Scheuklappen sieht man besser. Man sollte also besser erst recherchieren, dann das Richtige erkennen, vielleicht auch einmal denken und dann reden.

Ich habe die Daten des Sozialministeriums zur Kinderbetreuung in München mitgebracht. Ich kann Ihnen nur eines sagen: München ist bayernweit spitze in der Kinderbetreuung.

(Beifall bei der SPD)

In diesem Sinne sage ich, liebe Kolleginnen und Kollegen: CU 2013.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Kollegin Gottstein. Danach folgt Frau Sem.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! 187, 29, 31, - das sind keine Idealmaße. Wir haben in diesem Haus 187 bayerische Abgeordnete. Davon sind 29 unter 45 Jahren. Ich denke, das ist auch bei Männern so in etwa die Grenze, dass man Vater wird. Die 29 Abgeordneten haben 31 Kinder. Das sind die Abgeordneten im gebärfähigen bzw. zeugungsfähigen Alter, nein, im gebärfähigen Alter.

(Unruhe bei allen Fraktionen)

Für die tatsächliche Reproduktion dieser Altersgruppe wären 58 Kinder nötig. Vielleicht spielt da die Vereinbarkeit von Familie und Beruf auch eine Rolle. Ich kenne die Hintergründe nicht. Aber dieses Haus hat in der Hinsicht keinen Spitzenplatz. Biologische Gründe für diese Situation fallen mir dazu nicht ein.

Wir begrüßen natürlich die Anträge von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Unser Antrag hat zwei Kernpunkte. Einmal geht es darum, die Kinderbetreuung voranzutreiben. - Sie sollen jetzt nicht alle rechnen. Ich bitte um Aufmerksamkeit. Sie sollten auch überlegen, was bei Ihnen der Grund für die tatsächlichen Verhältnisse ist. Das sollten Sie aber nicht jetzt überlegen, sondern zu Hause.

Wir fordern eine flächendeckende, qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeit für Kinder unter drei Jahren in Bayern. Da sind wir ja nicht spitze. Der Betreuungsgrad für die Einjährigen beträgt in Bayern 16,9 %, für die Zweijährigen 36,3 %, für die Dreijährigen 82,3 %. Wenn wir über Betreuungsgeld reden, das hier gestoppt werden und in andere, effizientere Kanäle laufen soll, dann reden wir doch von einer Unterversorgung.Im Übrigen sieht man das ebenfalls an den Zahlen: Pro Kind unter sechs Jahren werden in Bayern 2.338 Euro ausgegeben. Allein der Bundesdurchschnitt beträgt 400 Euro mehr.

Wir wollen eine gute, günstige und flächendeckende Kinderbetreuung für Kinder unter drei Jahren. Wir fordern aber auch - dieser Appell richtet sich an beide Seiten dieses

Hauses - eine ideologiefreie Debatte. Auf der einen Seite wird klar das Rollenbild der guten Mutter, die zu Hause bleibt, geprägt. Auf der anderen Seite muss ich Frau Kollegin Stewens recht geben. Die Behauptung, man halte Kinder unter drei Jahren von der frühkindlichen Bildung fern, ist gefährlich. Dies erweckt den Eindruck, dass nur diese Art der Betreuung die richtige ist. Entscheidend ist doch die Wahlfreiheit. Wir brauchen und wollen Kinder. Ein junges Paar oder eine junge Familie muss sich für das erste und das zweite Kind oder für mehr Kinder entscheiden können. Die folgenden Fragen spielen dabei eine große Rolle: Kann ich meinen Beruf weiterführen? Kann ich ihn kurzfristig aufgeben? Kann ich wieder einsteigen? Wann will ich das? Wann kann ich das?

Das wird viel zu sehr vernachlässigt. Manche können ihren Beruf nicht aufgeben. Viele wollen das inzwischen aber auch nicht. Diese Wahlfreiheit kann nur mit einer hervorragenden Kinderbetreuung überall in Bayern gewährleistet werden. Hierfür muss Geld investiert werden. Erst danach können wir über die Familienförderung reden. Bitte setzen Sie sich beim Bund für ein Familiensplitting ein. Bitte setzen Sie sich dafür ein, dass die Erziehungsleistung im Rahmen der Altersversorgung angerechnet wird. Erst dann reden wir weiter. Wir fordern den Ausbau der Kinderbetreuung, das andere ist Humbug.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Die nächste Rednerin ist Frau Sem.

Reserl Sem (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Das Betreuungsgeld ist ein hoch emotionales Thema, weil sich jeder damit auskennt. Wir wollen alle das Beste. Sehr geehrte Frau Bause, nur wer den Kopf hebt, sieht die Sterne. Ich kann mich daran erinnern, dass die GRÜNEN-Fraktion einmal angedacht hat, die häusliche Erziehung in den Mittelpunkt zu stellen und diese stärker finanziell auszustatten.

Die politische Landschaft prägt die Argumentationen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, das Betreuungsgeld gehört zu einem bunten Familienbild. Das muss man verstehen. Ich als CSUlerin kann dies anhand meines Familien-, Freundes- und Verwandtenkreises bestätigen. Keiner von uns kann sagen, wie Familie sein muss und sein darf. Ich sage Ihnen noch etwas: Als Christin steht es mir erst recht nicht zu, darüber zu urteilen. Unsere Aufgabe in diesem Hohen Hause ist es, für die Familien zu sorgen. Im Rahmen der bestehenden Familienförderung, die von professionellen pädagogischen Einrichtungen begleitet wird, wollen wir eine Wahlfreiheit für verschiedene Lebensmodelle schaffen. Nach meinem Verständnis gehört die Unterstützung der Eltern dazu. Die Eltern sollen entscheiden, ob sie ihre Kinder unter drei Jahren selber erziehen oder ihre Familie anders organisieren wollen. Berufstätigen Eltern wird mit dem Betreuungsgeld die Möglichkeit eingeräumt, ihre Kinder von Großeltern, Tanten, Onkeln oder Tagesmüttern betreuen zu lassen. Jeder, der ein Kind großgezogen hat, weiß, dass eine gute Bindung zu Vater und Mutter die größte Fürsorge für das Kind ist. Das Betreuungsgeld hebt die Wertschätzung für die Familienarbeit hervor. Die Eigenverantwortung wird gestärkt.

(Markus Rinderspacher (SPD): Wir haben aber keinen Goldesel!)

Der Staat steht jedoch weiterhin in der Pflicht, das Landeserziehungsgeld zu halten und zum Beispiel auch ein beitragsfreies drittes Kindergartenjahr umzusetzen. Außerdem ist die Weiterentwicklung des Systems der Rentenpunkte erforderlich. Darüber müssen wir weiter nachdenken. Darüber hinaus muss der Ausbau der Kinderkrippen vorangetrieben werden. In diesem Zusammenhang darf ich positiv verkünden, dass Bayern ganz vorne steht. Die 340 Millionen Euro Bundesmittel haben wir mit 600 Millionen Euro Landesmitteln aufgestockt. Mein ländlicher Stimmkreis Rottal-Inn hat die bayerischen Großstädte Nürnberg und München hinsichtlich der Kinderbetreuungsplätze eingeholt. Das sind einfach Tatsachen. Die Betreuungsquote des Krippenjahres 2011/2012 beträgt bayernweit 28 %. Die Kommunalpolitiker, das Herzblut unserer Politik, schätzen das. Die Bundesmittel zur Betriebskostenförderung für die Betreuung

von Kindern unter drei Jahren werden 1:1 an die Kommunen weitergegeben. Das ist eine große Leistung unseres Freistaats. Das ist toll, was wir leisten. Ich möchte Zahlen nennen: Von 2008 bis 2013 haben wir 275 Millionen Euro ausgegeben. Ab dem Jahre 2014 werden es 118 Millionen Euro sein, um unsere Kommunen zu stärken.

Die Gegenargumente zum Betreuungsgeld sind genannt worden. Wir sollten Abstand davon nehmen.

(Lachen bei den GRÜNEN)

Diskutieren Sie nicht mehr. Gehen Sie einfach mit. Bitte begreifen Sie, dass wir die Stärkung der Familien wollen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Es ist doch keiner mehr auf Ihrer Seite!)

Wir sollten ebenfalls Väter und Mütter, die ihr Kind zu Hause betreuen möchten, stärken. Wir sollten den Eltern jedoch nicht vorschreiben, wie sie ihre Kinder zu betreuen haben. Ich weiß, dass über dieses Thema immer viel diskutiert wird.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Sem, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

Reserl Sem (CSU): Wir machen durch. - Das Politikverständnis der CSU basiert auf der Freiheit und der Eigenverantwortung der Menschen und ist kein Staatsdirigismus.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wird die Freiheit eingeschränkt, wenn es das Geld nicht gibt?)

Oft steht dem Konzept des Betreuungsgeldes ein großes Misstrauen gegenüber. Wir können jedoch alle nicht sagen, wie es angenommen wird. Das Betreuungsgeld soll den Eltern den Rücken stärken.

(Beifall bei der CSU)

Ich bin davon überzeugt, dass wir auf einem guten Weg sind. Die Anträge geben mir heute die Möglichkeit zu einer selbstkritischen Äußerung: Die CDU-Kollegen sollten sich daran erinnern, dass sie eine Koalitionsvereinbarung eingegangen sind. Das Betreuungsgeld ist in einem Paragrafen festgelegt worden. Das sage ich ganz offen. Sie sehen, wie bunt die CSU sein kann, wenn sie etwas vorwärtsbringen will.

Das ist mein letzter Gedanke: Unsere Gesellschaft und die Politik fordern neue Rollen für Väter und Mütter. Ich meine, es ist unser Auftrag, Freude, Begeisterung, Verantwortung und Liebe an unsere Kinder weiterzugeben. Wir befinden uns auf einem guten Weg.

(Markus Rinderspacher (SPD): Sie drängen den Eltern Geld auf, auf das sie verzichten können!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Sem, aus der Zwischenfrage ist eine Zwischenbemerkung von Frau Scharfenberg geworden.

Maria Scharfenberg (GRÜNE): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Sem, können Sie mir eine vergleichbare Struktur nennen, in welcher eine Belohnung für etwas ausgezahlt wird, das nicht in Anspruch genommen wird? Sie haben gesagt, man erhalte das Betreuungsgeld, wenn man die Krippe nicht nutze. Gibt es etwas Vergleichbares?

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Sem bitte.

Reserl Sem (CSU): Ich rede nicht von Belohnung, sondern ich rede von Wahlfreiheit. Die Eltern werden es entscheiden.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Brigitte Meyer für die FDP. Ihr folgt dann Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann. Bitte schön, Frau Kollegin Meyer. Ich bitte um Aufmerksamkeit.

Brigitte Meyer (FDP): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sie werden mir abnehmen, dass ich nicht überrascht war, als ich die Dringlichkeitsanträge der SPD, der FREIEN WÄHLER und der GRÜNEN zum Thema Betreuungsgeld vorgefunden habe. Es war völlig klar, dass solche Anträge kommen mussten. Völlig klar ist aber auch: Sie kennen Koalitionen, und Sie alle wissen, dass es Koalitionsverträge gibt und dass man sich an diese Koalitionsverträge halten muss.

An dieser Stelle möchte ich zunächst einmal etwas Grundsätzliches sagen: Ich finde es unheimlich schade und fast ein wenig traurig, dass die Diskussion, die ich für sehr wichtig halte, so emotional und polarisierend geführt wird. Sie konzentriert sich in weiten Teilen - Sie müssen das einmal ehrlich eingestehen, weil es auch heute wieder deutlich erkennbar war - nur noch darauf, die Befürworter des Betreuungsgeldes mit dem Etikett "Konservatives Familienbild" und "Heimchen-am-Herd-Mentalität" zu versehen und die Gegner als fortschrittliche und moderne Vertreter unserer Gesellschaft zu verstehen, die längst erkannt haben, was wirklich wichtig und richtig in unserem Staat ist. Beide reklamieren für sich, für Frauen eine echte Wahlfreiheit schaffen zu wollen. Warum sich Frauen so oder so entscheiden, hängt mit Sicherheit von sehr, sehr vielen Faktoren ab - vielleicht in dem einen oder anderen Fall auch von 100 oder 150 Euro Betreuungsgeld. Dies gilt aber nicht für jeden Fall. In jedem Fall muss es jedoch den Frauen überlassen bleiben, welche Entscheidung sie treffen, und es steht niemandem zu, darüber zu urteilen und die Entscheidung zu bewerten.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich plädiere an dieser Stelle eindringlich dafür, die Diskussion etwas breiter zu führen. Teilweise wurde das bereits angedeutet. Wichtig ist es, die Rahmenbedingungen so zu gestalten, dass Frauen wirklich eine Wahlfreiheit haben.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir müssen unser Land so gestalten, dass sich ein interessanter Job mit einer Betreuung der eigenen Kinder gut verbinden lässt. Dies gilt dann, wenn die Frauen entschie-

den haben, erst einmal zu Hause zu bleiben und nach zwei oder drei Jahren wieder in den Beruf einzusteigen. Unserer Auffassung nach bedarf es in erster Linie einer familienfreundlichen Arbeitswelt, zu welcher - auch das ist wichtig - qualitativ hochwertige Betreuungsmöglichkeiten mit flexiblen Öffnungszeiten für Kinder gehören. Ich komme aus einer kleinen, 3.000 Einwohner zählenden Gemeinde. Da wir uns im Einzugsbereich von zwei Großstädten befinden, wohnen dort sehr viele junge Familien. Sehr viele Frauen haben sich ganz bewusst dafür entschieden, erst einmal zu Hause zu bleiben und ihre Kinder selbst zu betreuen. Ich denke, das ist völlig legitim. Wenn die Frauen dann wieder in den Beruf einsteigen wollen - vielleicht zunächst mit begrenzten Arbeitszeiten, zum Beispiel mit Teilzeitarbeit -, dann muss die Möglichkeit geschaffen werden, dass sie das tun können. In diesem Zusammenhang haben wir noch sehr viel Arbeit vor uns.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Wir brauchen familienfreundliche und flexible Arbeitszeiten sowie Organisationsabläufe, verschiedene Arbeitszeitmodelle und firmeninterne Förder- und Weiterbildungsstrukturen für Frauen. Das gilt insbesondere für den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Erziehungsphase. Für diese familienfreundliche Arbeitswelt müssen Politik und Wirtschaft Hand in Hand gehen, damit Frauen die ihnen dargebotenen Möglichkeiten sinnvoll miteinander kombinieren und Arbeit und Familie individuell miteinander vereinbaren können.

Ich sage deutlich aus tiefster Überzeugung und aufgrund meiner eigenen Lebensgeschichte: Diskutiert werden muss - ich bin damals bewusst zu Hause geblieben und habe meine Kinder erzogen - auch über eine bessere Berücksichtigung von Erziehungszeiten bei der Rente.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Ich hätte eine solche heute nämlich nicht, wenn ich nicht zufällig Bürgermeisterin oder Landtagsabgeordnete geworden wäre.

Wir brauchen ausreichende Angebote zur Kinderbetreuung; dabei gebe ich Ihnen völlig recht. Sie von der SPD und den GRÜNEN stellen es aber in Ihren Anträgen so dar, als flössen plötzlich in großem Umfang Mittel nach Bayern zum Ausbau der Kinderbetreuung, wenn wir eine Entscheidung gegen das Betreuungsgeld treffen. Das ist falsch. Tatsache ist, dass wir in Bayern - das wurde von Kollegin Reserl Sem schon eindrucksvoll dargelegt - schon sehr viel investiert haben und wir zusätzlich Mittel aufbringen, um den Ausbau weiter voranzutreiben. Damit nehmen wir zwar dem Bund eine Aufgabe ab, wir tun es aber trotzdem.

(Beifall bei der FDP und der CSU - Zuruf von der SPD: Sie lügen sich in die eigene Tasche!)

- Ich lüge mir überhaupt nirgends hin. Ich denke, ich kann die Realität besser als Sie einschätzen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Dass die FDP das Thema des Betreuungsgeldes nicht in den Koalitionsvertrag eingebracht hat, ist hinreichend bekannt. Dass die vielen Argumente, die derzeit in der Gesellschaft gegen die Einführung des Betreuungsgeldes vorgebracht werden - auch vonseiten der Kirchen, zahlreichen Verbänden und der Wirtschaft -, bei uns auf offene Ohren stoßen, ist ebenfalls hinreichend bekannt. Die Diskussion um das Betreuungsgeld ist noch lange nicht abgeschlossen, und deshalb haben Sie heute auch Ihre Anträge mit Freude gestellt, weil wir die Diskussion in der Berliner Koalition führen. Wichtig und richtig ist es dabei, auch solche Diskussionen führen zu können. In Bezug auf die Prioritätensetzung ist es aber auch wichtig, diese Argumente, die von den einzelnen Organisationen vorgebracht werden, einfließen zu lassen.

Wir haben unseren Kopf eingeschaltet, auch wenn wir heute diesen Anträgen nicht zustimmen. Es dürfte bekannt sein, dass die FDP ein verlässlicher Koalitionspartner ist, und deshalb werden wir die Diskussion mit unserem Koalitionspartner führen - auch in

Berlin -; wir werden sie an der Stelle führen, wo wir sie führen müssen, aber nicht hier und heute und nicht mit Ihnen.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin, bleiben Sie bitte noch einen Moment da. Eine Zwischenbemerkung von Frau Ackermann. Bitte, Frau Ackermann.

Renate Ackermann (GRÜNE): Frau Kollegin Meyer, Sie haben gerade den Gegensatz von einer Erziehung zu Hause und in der Krippe aufgemacht. Dabei ist Ihnen anscheinend entgangen, dass die Sozialministerin diesen Gegensatz schon längst nicht mehr sieht. Die Sozialministerin sagt ganz klar, auch die Eltern, die eine Tagesmutter nehmen oder die Betreuung durch eine Oma sicherstellen, bekommen das Betreuungsgeld. Das heißt, man kann durchaus berufstätig sein und sein eigenes Kind nicht immer selbst betreuen und bekommt dennoch Betreuungsgeld. Das bedeutet zu Ende gedacht: Sie haben sich längst davon verabschiedet, das Betreuungsgeld nur den Müttern zu geben, die ihre Kinder zu Hause erziehen. Das bedeutet aber auch, dass Sie ganz andere Ziele verfolgen. Sie wollen ganz klar eine Vermeidung der Krippe. Alles andere lassen Sie zu. Sie lassen zu, dass das Kind nicht von der Mutter betreut wird und nennen das heuchlerisch Wahlfreiheit. Sie wollen aber nicht, dass die Krippe benützt wird, weil Sie mit dem Ausbau nicht zurande kommen.

(Alexander König (CSU): Das stimmt nicht! Das sind bösartige Unterstellungen! Da könnte ich Ihnen jetzt erzählen, was der Herr Maly gestern gesagt hat!)

Sie wollen damit vertuschen, dass Sie den Ausbau nicht schaffen. Deshalb zahlen Sie den Menschen, die ihre Kinder von irgendjemandem betreuen lassen - die Qualität ist dann egal -, Schweigegeld. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Frau Kollegin Meyer, bitte.

Brigitte Meyer (FDP): Frau Kollegin Ackermann, wenn Sie genau zugehört hätten, dann hätten Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass die Diskussion leider so geführt wird. Die Diskussion - das war eindrucksvoll belegt - ist auch heute Nachmittag wieder so geführt worden. Man hat unterschieden zwischen den Kindern, die in der Familie bleiben, und den Kindern, die in die Krippe kommen. Ich habe das nur so dargestellt, es aber nicht gewertet.

Ich gebe Ihnen insofern recht, als dass es ein Punkt ist, über den man diskutieren muss. Ich verstehe das Betreuungsgeld nicht so, dass man auf der einen Seite für Tagesbetreuung und Tagesmütter 100 Euro bezahlt, die man dann für die Kinderkrippe nicht hat. Diese Punkte müssen in der Diskussion noch geklärt werden. Wir müssen uns darüber auseinandersetzen, und das werden wir auch tun, aber wie schon gesagt, nicht hier und heute, sondern dort, wo es hingehört, nämlich in unserer Koalition.

(Beifall bei der FDP und der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der nächste Redner ist, wie angekündigt, Herr Kollege Hans-Ulrich Pfaffmann. Ihm folgt Herr Staatssekretär Sackmann. Bitte schön, Herr Kollege Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich habe in diesem Hause selten ein politisches Thema erlebt, bei dem so viel geheuchelt wird wie bei diesem Betreuungsgeld.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Bei dieser sozialpolitischen Frage gehören Sie in der Tat zu den größten Heuchlern aller Zeiten.

(Alexander König (CSU): Das ist original Pfaffmann, was hier zum Besten gegeben wird. Das ist frech und nicht angemessen!)

Ich will Ihnen Folgendes sagen - eigentlich ist es viel einfacher, als man denkt -: Es gibt verschiedene Lebensentwürfe. Manche Eltern erziehen ihre Kinder zu Hause, andere schicken sie in die Kindergärten oder in die Kinderbetreuung. Nehmen Sie zur Kenntnis: Wir wollen das weder bewerten noch verurteilen. Ich sage ausdrücklich: Jeder hat das Recht, sich so zu entscheiden, wie er es möchte - nicht anders.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Manche Familien können es sich leisten, die Kinder zu Hause zu erziehen, weil sie über ein gutes Einkommen verfügen und ein Elternteil nicht arbeiten muss. Es gibt aber eine zweite Wahrheit: Andere Menschen können sich das nicht leisten, sondern beide müssen arbeiten, weil sie zu wenig verdienen oder alleinerziehend sind. Ihre Kinder werden nicht zu Hause bleiben können, wenn Sie ein Betreuungsgeld ausschütten. Unter dem Strich kann man in Zeiten knapper Kassen nicht alles haben. Deshalb entscheiden wir uns für eine Politik der Kinderbetreuung - Sie entscheiden sich mit Ihrem Kinderbetreuungsgeld gegen eine Kinderbetreuungsinfrastruktur.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Die Welt ist letztendlich so einfach. Sie wollen diejenigen Familien, in denen Gott sei dank zumindest der Mann oder die Frau zu Hause bleiben kann, auch noch belohnen, obwohl sie es gar nicht brauchen, während die anderen, etwa die Alleinerziehenden, ihre Kinder nicht in die Kinderkrippe schicken können, weil Sie mit dem Infrastrukturausbau nicht nachkommen. Das ist die einfache Wahrheit, bei der Sie mit vielen blumigen Worten zu argumentieren versuchen.

(Beifall bei der SPD)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Ich darf nochmals bekannt geben, dass im Anschluss an den Beitrag von Staatssekretär Sackmann drei namentliche Abstimmungen stattfinden werden. Wir werden uns erlauben, die Abstimmungszeit auf drei Minuten

pro Abstimmung festzulegen. Deswegen können die Kolleginnen und Kollegen, die noch nicht hier sind, jetzt schon in den Plenarsaal kommen.

Bitte schön, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr dankbar, nochmals auf ein paar Punkte eingehen zu dürfen. Ich bedanke mich auch bei den Vorrednern und den Kollegen aus der Koalition dafür, dass bereits einige Punkte klargestellt worden sind.

Herr Kollege Pfaffmann, Sie warfen uns am Anfang Heuchelei vor. Haben Sie vergessen, dass sich die SPD am 14.05.2007 mit ihrem damaligen Vorsitzenden und heutigen Ministerpräsidenten von Rheinland-Pfalz, Herrn Beck, beim Koalitionsausschuss ausgesprochen und unterschrieben hat, dass künftig Betreuungsgeld eingeführt wird? Haben Sie auch vergessen, dass das Betreuungsgeld mit Zustimmung der SPD heute in § 16 Absatz 5 des Sozialgesetzbuches VIII enthalten ist?

(Alexander König (CSU): Es wird spannend!)

Haben Sie vergessen, dass mit Zustimmung der SPD ab dem Moment, wo ein Rechtsanspruch auf Kinderkrippen besteht, auch ein Betreuungsgeld gezahlt wird? Das nenne ich Heuchelei, wenn man vergisst, was man damals versprochen und unterschrieben hat, dass man also zugestimmt hat.

(Beifall bei der CSU)

Ferner möchte ich folgenden Punkt ansprechen, weil heute Kolleginnen immer wieder kritisiert haben, wir würden aus Heuchelei oder anderen Gründen keine echte Wahlfreiheit schaffen: Ich war heute beeindruckt von einem Interview unserer stellvertretenden Generalsekretärin Dorothee Bär, die das dritte Mal Mutter wird. Dorothee Bär hat, so weiß man aus ihrer Biografie, einen anderen Weg gesucht. Sie hat gesagt - Zitat -: "Ich kämpfe dafür, dass sich andere Frauen nicht mehr rechtfertigen müssen für den

Weg, den sie einschlagen." Diesen Mut achte ich sehr hoch. Das ist die echte Wahlfreiheit, die auch wir sicherstellen wollen.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

Auch der folgende dritte Bereich ist besonders wichtig: Ich halte das Betreuungsgeld für richtig und notwendig. Sie haben vorhin gesagt, damit würden wir einen falschen Anreiz schaffen. Auch dieser Aussage möchte ich deutlich widersprechen. Dass man Hunderten bzw. Tausenden von Familien in Deutschland unterstellt, sie könnten ihre Kinder nicht richtig erziehen, halte ich für unsäglich und für eine Unverschämtheit. Diese Unterstellung und Stigmatisierung dieser Familien möchte ich nicht hinnehmen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Darüber hinaus unterstellen Sie zwei Dritteln der Familien, die ihre Kinder nicht in eine Kinderkrippe geben wollen, dass sie nicht richtig erziehen könnten, den falschen Weg einschlügen, weil sie nicht diese Alternative wählten. Auch das kann ich nicht nachvollziehen und akzeptieren.

(Beifall bei der CSU - Zuruf von den GRÜNEN: Das ist Quatsch!)

Ferner sprechen Sie davon, dass ein Kind, das nicht in die Kinderkrippe gehe, diese Bildungschancen nicht bekomme. - Wir sprechen hier von ein- und zweijährigen Kindern. Es geht hier um keine Diplomarbeit und weder um Englisch noch um eine Mathematikprüfung, wie Reserl Sem vorhin bereits betont hat, sondern um die Grundlagen. Wir wissen aus der Forschung - das wird wohl auch von Ihnen niemand bestreiten -, dass in diesem Zusammenhang vor allem die Bindung zu Personen wichtig ist; diese ist entscheidend.

(Zuruf der Abgeordneten Ulrike Gote (GRÜNE))

- Nein, überhaupt nicht. Aber auch diejenigen, die sich entscheiden, ihr Kind nicht in die Krippe zu geben, sondern zu Hause oder im Familienkreis zu erziehen oder in die Nachbarschaftshilfe zu geben, haben sich das sehr wohl überlegt, weil auch sie eine Verantwortung übernehmen. Wir bieten in diesem Zusammenhang echte Wahlfreiheit.

(Beifall bei der CSU)

Des Weiteren ist dankenswerterweise ausgeführt worden, dass das Betreuungsgeld nicht vor die Wahl stellt: Arbeit oder Betreuungsgeld - vielmehr geht beides zusammen.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Das stimmt nicht!)

- Natürlich gilt das.

(Renate Ackermann (GRÜNE): Das gilt nicht!)

- Natürlich gilt das. Es ist klipp und klar so, dass derjenige, der das Betreuungsgeld bekommt, sich selber entscheiden kann, wie er das Ganze organisiert. Die Frage ist nur, ob man eine staatliche Einrichtung oder einen Krippenplatz in Anspruch nimmt. Auch das stellen Sie immer wieder falsch dar. Selbstverständlich kann gearbeitet und eine Tätigkeit aufgenommen werden. Aber auch dabei ist die Wahlfreiheit gegeben, weil man als Mutter oder Vater selber entscheiden kann, wie man sich verhält. Sie wollen das den Eltern absprechen und die Familien dazu drängen, ihre Kinder in die Krippe zu geben, weil es nach Ihrer Ansicht ideologisch der einzig richtige Ansatz ist.

(Beifall bei der CSU)

Frau Ackermann, ich gebe es beim dritten oder vierten Mal auf, es Ihnen zu erläutern; denn Sie haben uns wieder vorgeworfen, wir wollten das Betreuungsgeld einführen, um den vermeintlichen Fehlbedarf bei den Kinderkrippenplätzen zu kaschieren. Ich möchte Ihnen deutlich sagen: Das Deutsche Jugendinstitut hat im Jahr 2006 errech-

net, dass wir für rund ein Drittel der Kinder unter drei Jahren einen Krippenplatz brauchen.

(Unruhe - Glocke des Präsidenten)

Des Weiteren wissen wir aus anderen Zusammenhängen, dass wir Nachholbedarf hatten. Christine Haderthauer ist heute nicht anwesend wegen einer lange geplanten Reise nach Schweden, auf der auch das Thema Betreuungsgeld erörtert wird. Als Christine Haderthauer und ich unser Amt antraten, lag in Bayern die Betreuungsquote bei 7 %, zwischenzeitlich beträgt sie 28 %. Nach den ersten Ergebnissen, die zwischenzeitlich aus drei fränkischen Regierungsbezirken vorliegen - ich kann es noch nicht für ganz Bayern sagen -, liegen wir in zwei von diesen drei Bezirken bei über 30 %. Damit haben wir unsere Quote also fast erreicht. Ich möchte den zuständigen Kommunen, die auf diesem Gebiet mit uns gemeinsam eine unglaubliche Aufholjagd betrieben haben, ausdrücklich danke schön sagen. Wir werden diese Quote am 1. August nächsten Jahres deutlich geschafft haben. Danke den Kommunen und allen, die dazu beigetragen haben!

(Beifall bei der CSU)

Angeblich sei, wie Sie gesagt haben, die bayerische Wirtschaft auf Ihrer Seite und gegen das Betreuungsgeld. Ich darf Ihnen folgende Presseaussage vom 17. April zitieren: "Brossardt: ‚vbw' entgegen SPD-Aussage nicht Kronzeuge gegen das Betreuungsgeld."Ich zitiere: Die vbw unterstützt alle Lösungsmodelle, mit denen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf gefördert wird. In diesem Rahmen sind wir für einen weiteren Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten für Kinder, vor allem für die Kinder unter drei Jahren.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der Opposition, nehmen Sie einfach zur Kenntnis: Die 340 Millionen des Bundes haben wir vollumfänglich eingesetzt. Zwischenzeitlich haben wir in unseren Haushalt weitere 600 Millionen Eigenmittel draufgelegt. Das ist

die Erfolgsspur in Bayern. Das sollten Sie zur Kenntnis nehmen. Wir sind auf dem richtigen Weg.

(Alexander König (CSU): Ein bisschen mehr Zufriedenheit und weniger Geschrei wäre schon gut!)

Was mich ein wenig nachdenklich macht, sind die Zahlen, liebe Frau Kohnen, die Sie gebracht haben. Woher haben Sie diese Zahlen denn? Sie sprachen bei den Ganztagsangeboten von nur 5,9 % und wir stünden damit an letzter Stelle. Im Augenblick hören Sie mir leider nicht zu. Ich hätte allerdings doch ganz gerne von Ihnen gewusst, woher Sie diese 5,9 % nehmen. Wir liegen beim Ganztagsangebot derzeit bei knapp 30 %.

(Anhaltende Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Wenn Sie mir Ihre Zahlen belegen können, gehe ich der Sache gerne nach. - Nun hören Sie mir wieder zu; dafür bedanke ich mich.

Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, zum Schluss noch ein paar Zahlen, um deutlich zu machen, dass wir es schaffen werden: Wir haben derzeit rund 85.000 Kinderkrippenplätze. Weitere 14.600 sind in der Entstehung. Probleme haben wir in München und Nürnberg; dort fehlen Tausende von Krippenplätzen.

(Zurufe von der CSU: Hört, hört!)

Dort sind die Kinderkrippenplätze zudem sehr teuer. In diesem Bereich haben wir eine Fehlplanung der Kommunen, und dort hat die SPD das Sagen.

(Beifall bei der CSU - Alexander König (CSU): Das ist beschämend!)

Demgegenüber haben wir insbesondere im ländlichen Bereich zahlreiche Kommunen, die eine Menge erreicht haben. Wir werden die Betreuungsquote von 30 % und mehr deutlich erreichen; das unterstreiche ich hier noch einmal. Möglicherweise schaffen wir

das schon vor dem 1. August nächsten Jahres. Dafür ein Dankeschön in Richtung derer, die dafür zuständig sind.

Bayern hat gute Finanzierungskonditionen, mit denen die Kommunen ihren Rechtsanspruch erfüllen können, und zwar völlig losgelöst vom Betreuungsgeld. Für jeden Krippenplatz zahlt der Steuerzahler bei uns 1.000 Euro; künftig werden wir 100 Euro und später dann 150 Euro Betreuungsgeld zahlen. Wir wollen den Eltern, die sich gegen eine Krippe entscheiden, damit eine Unterstützung geben. Wir sehen im Betreuungsgeld ein Gegengewicht zum ideellen Sog hin zur Krippe, womit wir ein gesellschaftspolitisches Signal geben wollen.

Erlauben Sie mir zum Schluss eine Anmerkung aus einem Gespräch von heute Mittag. Eine auch jetzt anwesende Freiberuflerin hat mir heute Mittag erzählt, sie habe ihre Kinder großgezogen, ohne damals Betreuungsgeld zu erhalten. Sie wäre gerne in ihren Beruf wieder eingestiegen, konnte sich aber die Kinderkrippe bei ihrem Gehalt nicht leisten, weil die in München ausgesprochen teuer gewesen sei. Hätte sie ein Betreuungsgeld gehabt, so sagte sie mir, dann hätte sie es bei privater Betreuung Ihrer Kinder und mit Nachbarschaftshilfe geschafft, wieder in ihren Beruf einzusteigen.

(Zurufe von der SPD und den GRÜNEN)

Das ist die Aussage einer Frau, die sich echte Wahlfreiheit gewünscht hätte. Sie können darüber lachen und dagegen anschreien. Es ist die Wahrheit. Deshalb bitte ich Sie, die Anträge abzulehnen und unserer Auffassung zu folgen, dass das Betreuungsgeld Wahlfreiheit schafft. Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Herr Staatssekretär, ich bitte, noch einen Moment am Redepult zu bleiben. Es gibt noch einen Nachschlag. Ich habe mehrere Zwischenbemerkungen. Zunächst hat die Frau Kollegin Ackermann das Wort.

Renate Ackermann (GRÜNE): Herr Staatssekretär, ich möchte Ihnen noch einmal veranschaulichen, worin Ihre hoch gepriesene Wahlfreiheit besteht. Ihre Wahlfreiheit besteht darin, dass ich einerseits als Eltern mein Kind zu Hause behalten kann und Betreuungsgeld bekomme, andererseits auch eine Tagesmutter einstellen kann, egal welche Qualifikation sie hat, und auch dann das Betreuungsgeld bekomme.

(Zurufe von der CSU)

Ich darf aber nicht mein Kind in die Krippe schicken; denn dann bekomme ich kein Betreuungsgeld. Das ist Ihre Wahlfreiheit.

(Dr. Andreas Fischer (FDP): Das haben wir doch schon gehört!)

Daran anschließend möchte ich Sie fragen, wie Sie sich als alleinerziehender Vater oder als ein Mensch, der wenig Geld hat, verhalten würden, wenn Sie einerseits 150 Euro bekämen und andererseits, wenn Sie ein Kind in die Einrichtung schicken, 300 Euro zahlen müssten. Wofür würden Sie sich entscheiden, Herr Staatssekretär?

(Beifall bei den GRÜNEN)

Damit Sie nicht zu fröhlich werden, Herr Staatssekretär, möchte ich Ihnen sagen, dass in Nürnberg der schlechte Ausbau der Kinderkrippen darauf zurückzuführen ist, dass dort die CSU die Mehrheit hat.

(Alexander König (CSU): Blödsinn! - Lebhafter Widerspruch bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: So, jetzt hat der Herr Staatssekretär das Wort.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Kollegin Ackermann, es ist langsam nicht mehr erträglich, dass Sie ständig unterstellen, wir würden in Bayern auch nur einen einzigen Krippenplatz verhindern wollen. Es gibt kein Bundesland, das so viel Geld für den Krippenausbau wie der Freistaat Bayern zur Verfügung stellt, auch aus dem eigenen Haushalt.

(Beifall bei der CSU - Zurufe und anhaltender Widerspruch bei der SPD und den GRÜNEN)

Es gibt kein Land, das auf diesem Gebiet so viel aufgeholt hat wie der Freistaat Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Es ist eine Unverschämtheit, was Sie hier ständig im Hohen Haus unter die Leute zu bringen versuchen.

(Zuruf des Abgeordneten Markus Rinderspacher (SPD))

Im Übrigen habe ich Ihnen gerade erläutert, dass ein Krippenplatz den Steuerzahler 1.000 Euro kostet. Derjenige, der sein Kind in eine Kinderkrippe gibt und den Krippenplatz bekommen soll, verursacht diese Kosten, während derjenige, der das nicht will, das Betreuungsgeld bekommt und die Kinderbetreuung so organisieren kann, wie er es gerne möchte. Das ist echte Wahlfreiheit. Ich verstehe nicht, warum Sie uns ständig unterstellen, dass wir nicht auch die Möglichkeit des Kinderkrippenbesuchs bieten.

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank. Die nächste Zwischenbemerkung kommt vom Kollegen Pfaffmann.

Hans-Ulrich Pfaffmann (SPD): Sehr geehrter Herr Staatssekretär, ich würde mich freuen, wenn Sie mir Ihr Ohr schenkten. Ich soll Ihnen die Grüße meiner Kollegin ausrichten.

(Zurufe von der CSU)

- Ich kann nur so laut sprechen, wie es das Mikrofon hergibt. Ich soll Ihnen Grüße meiner Kollegin Natascha Kohnen ausrichten. Die Quote der Betreuung in Ganztagsplätzen können Sie leicht im Bericht des Statistischen Bundesamtes nachsehen. Im Jahresbericht von 2011 ist von 5,9 % die Rede.

Wenn Sie Herrn Brossardt als Kronzeugen dafür zitieren, dass die Wirtschaft für das Betreuungsgeld wäre, darf ich Sie nur daran erinnern, dass der oberste Arbeitgeberpräsident Hundt bei Ihrer Klausur in Kreuth Sie blamiert hat, indem er öffentlich neben dem Ministerpräsidenten erklärte, Sie sollten den Blödsinn Betreuungsgeld lieber lassen.

(Beifall bei der SPD - Georg Schmid (CSU): Er war doch gar nicht da! Das muss eine andere Partei gewesen sein!)

Das nur zu Ihrer Erinnerung!

Und nun noch Folgendes: Was hier abläuft, ist in toto eine Beleidigung für alle allein erziehenden und gering verdienenden Menschen in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD - Anhaltende Zurufe von der CSU - Alexander König (CSU): Der Einzige, der hier immer beleidigt, ist er! Bei jedem seiner Reden schafft er es, die Leute zu beleidigen!)

Sie sagen schamlos, es sei eine Lebensentscheidung der Menschen, die Kinder zu Hause zu erziehen. Von wegen! Alleinerziehende müssen arbeiten gehen und scheitern an der Verfügbarkeit des Kindergartenplatzes. Und das alles, weil Sie nicht weiterkommen. Genau aus diesem Grund wäre es doch besser, lieber Herr Staatssekretär, in Zeiten knapper Kassen die zwei Milliarden Euro, die Sie gerne für das Betreuungsgeld ausgeben würden, in den sofortigen Ausbau der Kinderbetreuung zu geben. Das wäre soziale Gerechtigkeit in diesem Lande.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von der CSU)

Was Sie machen, ist nicht soziale Gerechtigkeit, sondern eine Belohnung weniger mit hohem Einkommen. Das ist das Problem. Und dagegen können Sie doch gar nicht mehr argumentieren.

(Anhaltende Zurufe von der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Danke schön. Bitte sehr, Herr Staatssekretär.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Kollege Pfaffmann, es ist keine Beleidigung unsererseits. Ich halte es vielmehr für eine Beleidigung derjenigen, die sich anders entscheiden, als sie sich Ihrer Meinung nach entscheiden müssten.

(Beifall bei der CSU)

Diese Beleidigung sprechen doch immer Sie hier im Hohen Hause aus.

(Beifall bei der CSU)

Und nun noch der andere Punkt. Es gibt eine Stadt in Bayern, die ganz große Probleme hat. Das ist die Stadt München. Sie hat bei den Kinderkrippenplätzen einen deutlichen Nachholbedarf.

(Markus Rinderspacher (SPD): Keine einzige Stadt hat eine so gute Kinderbetreuung wie München! - Georg Schmid (CSU): Die Wahrheit will er nicht hören! - Zurufe und Unruhe)

Es ist ein Nachholbedarf zu einem gewissen prozentualen Anteil, aber damit fehlen eben noch viele Tausend Betreuungsplätze. Reden Sie doch einmal mit den Münchner Bürgerinnen und Bürgern. Da können Sie noch so viel schreien. Fragen Sie doch einmal die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter dieses Hohen Hauses oder auch der Ministerien, die einen Kinderkrippenplatz haben wollen. Es fehlen zwischen 8.000 und 10.000 Kinderkrippenplätze in München.

(Markus Rinderspacher (SPD): Das haben Sie in Regensburg oder Augsburg! Unverschämt, die Landeshauptstadt so diskriminieren zu wollen! - Georg Schmid (CSU): Das ist das schlechte Gewissen!)

Es ist nicht so, dass von uns keine Förderung gekommen wäre. Da fehlt fast nichts mehr. Wir haben hier eine ganz gute Quote.

Im Übrigen gibt es noch einen ganz anderen Ansatz. Seit dem 01.01.1996 gibt es einen Anspruch auf den Kindergartenplatz. Nicht einmal das hat Ihr Oberbürgermeister Ude in München geschafft. In einigen Stadtteilen Münchens kriegen Sie nicht einmal einen Kindergartenplatz für alle. Das ist die Realität der Stadt München. Und das sollten Sie endlich zur Kenntnis nehmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Vielen Dank, Herr Staatssekretär. - Wir haben eine weitere Zwischenbemerkung, und zwar von Frau Kollegin Gottstein. Bitte schön.

(Große Unruhe)

- Überwiegend hätte nun Frau Kollegin Gottstein das Wort. Bitte schön.

Eva Gottstein (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Staatssekretär! Ihre Beispiele haben schon eine sehr extreme Schieflage, wenn Sie dauernd München zitieren. Sie wissen auch, dass es wesentlich einfacher ist, in einem leerstehenden Schulhaus, wie es inzwischen in vielen unserer Dörfer geschieht, Kinderkrippenplätze einzurichten, als in einer Stadt wie München, wo

(Widerspruch und Unruhe bei der CSU - Glocke des Präsidenten)

die Mieten dazu beitragen, dass die Kinderkrippenplätze entsprechend teuer sind.

Zweites Beispiel: Nach wie vor haben wir eine Bedarfsdeckung nur für 16,9 % der einjährigen und 36,3 % der zweijährigen Kinder; und wenn Sie ein Gutachten von 2006 anführen, wissen Sie genau, dass das inzwischen extrem veraltet ist.

Das Nächste ist: Ich weiß nicht, wie Sie zu Ihrem Selbstbewusstsein kommen; aber wenn wir in Bayern über 400 Euro unter dem Durchschnitt liegen, dann können die anderen Bundesländer nicht schlechter sein als Bayern. So sind die Grundkenntnisse in der Mathematik. Wenn Sie ein Beispiel von früher von einer Kollegin für die Wahlfreiheit bringen - das muss 1945 oder 1950 gewesen sein - und glauben, heute könne

eine mit 150 Euro als Selbstständige Kinderbetreuung privat organisieren, dann zeigt das: Sie haben sich selbst noch nie um Kinderbetreuung kümmern müssen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN, der SPD und den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Nun haben Sie noch einmal das Wort, Herr Sackmann.

Staatssekretär Markus Sackmann (Sozialministerium): Frau Kollegin Gottstein, es ist schon beschämend, wie Sie mit Lebensschicksalen umgehen. Ich werde nachher die Frau bitten, mit Ihnen zu sprechen. Es ist keine Kollegin, sondern eine Mitarbeiterin im Haus. Das Beispiel ist auch nicht von 1945, sondern es ist relativ aktuell - nur, um dies einmal zur Kenntnis zu nehmen. Man sollte nicht einfach so drübergehen. Es ist jemand, der seine Kinder ganz bewusst allein erzogen und eine großartige Lebensleistung erbracht hat.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU)

Nun nenne ich Ihnen noch einmal die Zahlen, damit Sie wieder auf den Boden der Realität kommen. 2006: 23.000. Ich springe einmal zu 2008: 44.000, 2010: 65.000, und derzeit sind wir schon bei 85.000 Plätzen für die Kinder unter drei Jahren. Das ist die Realität, nichts anderes. Das sind die Zahlen, die eine deutliche Sprache sprechen.

(Beifall bei der CSU - Markus Rinderspacher (SPD): Schlusslicht, rote Laterne für die CSU, besagt der Bund-Länder-Vergleich!)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Es gibt eine weitere Zwischenbemerkung: Herr Kollege Ländner. Bitte schön.

(Zuruf von den GRÜNEN: Nein!)

Entschuldigung, ich darf noch zur Erläuterung sagen, damit es keine Unstimmigkeiten gibt: Wir haben in unserer Geschäftsordnung nur Zwischenbemerkungen zu Beiträgen aus der eigenen Fraktion ausgeschlossen.

(Ulrike Gote (GRÜNE): Wir waren das nicht!)

Aber in diesem Fall ist es eine Zwischenbemerkung zur Rede des Vertreters der Staatsregierung, darum ist sie zugelassen. Bitte, Herr Kollege.

Manfred Ländner (CSU): Nur, damit Sie nicht glauben, in dem Land, in dem Sie als Staatssekretär im Sozialministerium Mitverantwortung tragen, herrsche Chaos, darf ich Ihnen aus meiner Heimatgemeinde Kürnach berichten: 4.500 Einwohner, zwei funktionierende Kindergärten, vor einigen Monaten Beschluss im Gemeinderat zum Anbau/Neubau an den katholischen Kindergarten, die Kosten von der Gemeinde Kürnach getragen und vom Freistaat Bayern bezuschusst. In dieser Woche ist Richtfest. Neubau am evangelischen Kindergarten, finanziert durch die Gemeinde Kürnach.

(Beifall bei Abgeordneten der CSU - Zurufe von der SPD)

Verhältnisse im Gemeinderat: Absolute Mehrheit der CSU, Investitionsvolumen: 1,7 Millionen Euro, und ich würde doch empfehlen, bevor man hier ideologische Redeschlachten schlägt, die kommunalpolitischen Hausaufgaben zu Hause zu erfüllen.

(Beifall bei der CSU - Zurufe von den GRÜNEN)

Zweiter Vizepräsident Franz Maget: Der Herr Staatssekretär lässt diese Zwischenbemerkung so stehen. Damit gibt es keine Wortmeldung mehr - zumindest nicht offiziell -, und wir können zu den Abstimmungen kommen, die wie angekündigt in namentlicher Form erfolgen. Es sind drei namentliche Abstimmungen.

Zuerst lasse ich über den Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 16/12193 abstimmen, das ist der Antrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wir haben dafür drei Minuten Zeit vorgesehen. Die Abstimmung beginnt jetzt.

(Namentliche Abstimmung von 17.25 bis 17.28 Uhr)

Ich bitte, dass Sie sich sputen. Wer noch abstimmen will, müsste sich beeilen, denn nun sind die drei Minuten um. - Die Abstimmung ist beendet. Wir räumen die Wahlur-

nen aus und bereiten die nächste namentliche Abstimmung vor. Wir stimmen nun ab über - - Können Sie mir alle folgen?

(Zurufe aus den Fraktionen: Ja!)

Somit stimmen wir nun über den SPD-Antrag auf Drucksache 16/12198 ab. Die Abstimmung beginnt jetzt. Drei Minuten!

(Namentliche Abstimmung von 17.29 bis 17.32 Uhr)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die drei Minuten sind um. Die namentliche Abstimmung ist geschlossen.

Ich bitte Sie um Aufmerksamkeit. Wir kommen zur nächsten namentlichen Abstimmung, und zwar über den Dringlichkeitsantrag 16/12202. Zur Orientierung: Das ist der Antrag der FREIEN WÄHLER. Wir beginnen hierzu mit der namentlichen Abstimmung. Drei Minuten stehen zur Verfügung

(Namentliche Abstimmung von 17.32 bis 17.35 Uhr)

Ich schließe die Abstimmung.

Dann bitte ich Sie, die Plätze wieder einzunehmen; denn wir wollen in den Beratungen jetzt fortfahren. Das können wir aber nur, wenn Sie sich hinsetzen. Ich bitte, auch da hinten die Gesprächskreise aufzulösen. Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist schön, wenn Sie im Saal sind, aber bitte setzen Sie sich hin. - Ich glaube, es kann jetzt weitergehen.

(...)

Fünfter Vizepräsident Jörg Rohde: Ich darf Ihnen noch das Ergebnis der drei namentlichen Abstimmungen bekanntgeben. Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Bause, Dr. Runge, Gote und Fraktion der GRÜNEN mit dem Betreff "Gesetzgebungsverfahren zum Betreuungsgeld stoppen!", Drucksache 16/12193: Mit Ja haben 64, mit

Nein 93 Abgeordnete gestimmt. Es gab drei Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.Zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Pfaffmann, Kohnen und Fraktion der SPD, betreffend "Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen! Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld!", Drucksache 16/12198: Mit Ja haben 64, mit Nein 91 Abgeordnete gestimmt. Es gab vier Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag ebenfalls abgelehnt.Wir kommen zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Gottstein und Fraktion der FREIEN WÄHLER betreffend "Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben - Schluss mit der Ideologiedebatte um das Betreuungsgeld!" auf Drucksache 16/12202: Mit Ja haben 65 und mit Nein 90 Abgeordnete gestimmt. Es gab fünf Enthaltungen. Auch dieser Dringlichkeitsantrag wurde abgelehnt.

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.04.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Dr. Martin Runge, Ulrike Gote u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Gesetzgebungsverfahren zum Betreuungsgeld stoppen! (Drucksache 16/12193)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. **Bulfon** Annette	X		
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg			
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold		X	
Hessel Katja			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef			
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	64	93	3

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.04.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Hans-Ulrich Pfaffmann, Natascha Kohnen u. a. und Fraktion SPD; Ja zu mehr Kinderbetreuung - Kommunen unterstützen! Die Milliarden richtig investieren - Nein zum Betreuungsgeld! (Drucksache 16/12198)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. **Bulfon** Annette			X
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg			
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Brigitte			
Meyer Peter	X		
Miller Josef			
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard		X	
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian		X	
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	64	91	4

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 18.04.2012 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Eva Gottstein u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Ausbau der Kinderbetreuung vorantreiben - Schluss mit der Ideologiedebatte um das Betreuungsgeld! (Drucksache 16/12202)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Ackermann Renate	X		
Aiwanger Hubert	X		
Arnold Horst	X		
Aures Inge	X		
Bachhuber Martin		X	
Prof. Dr. **Barfuß** Georg		X	
Prof. (Univ. Lima) Dr. **Bauer** Peter	X		
Prof. Dr. **Bausback** Winfried		X	
Bause Margarete	X		
Dr. **Beckstein** Günther		X	
Dr. **Bernhard** Otmar		X	
Dr. **Bertermann** Otto		X	
Dr. **Beyer** Thomas	X		
Biechl Annemarie		X	
Biedefeld Susann	X		
Blume Markus		X	
Bocklet Reinhold		X	
Breitschwert Klaus Dieter		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X	
Brunner Helmut			
Dr. **Bulfon** Annette			X
Dechant Thomas		X	
Dettenhöfer Petra		X	
Dittmar Sabine	X		
Dodell Renate			
Donhauser Heinz		X	
Dorow Alex		X	
Dr. **Dürr** Sepp	X		
Eck Gerhard			
Eckstein Kurt			
Eisenreich Georg			
Dr. **Fahn** Hans Jürgen			
Felbinger Günther	X		
Dr. **Fischer** Andreas		X	
Dr. **Förster** Linus			
Franke Anne	X		
Freller Karl		X	
Füracker Albert		X	
Prof. Dr. **Gantzer** Peter Paul	X		
Gehring Thomas	X		
Glauber Thorsten			
Goderbauer Gertraud		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Görlitz Erika		X	
Dr. **Goppel** Thomas		X	
Gote Ulrike	X		
Gottstein Eva	X		
Güll Martin	X		
Güller Harald	X		
Freiherr von **Gumppenberg** Dietrich		X	
Guttenberger Petra		X	
Hacker Thomas		X	
Haderthauer Christine			
Halbleib Volkmar	X		
Hallitzky Eike	X		
Hanisch Joachim			X
Hartmann Ludwig	X		
Heckner Ingrid		X	
Heike Jürgen W.		X	
Herold Hans		X	
Dr. **Herrmann** Florian		X	
Herrmann Joachim		X	
Dr. **Herz** Leopold	X		
Hessel Katja			
Dr. **Heubisch** Wolfgang		X	
Hintersberger Johannes		X	
Huber Erwin		X	
Dr. **Huber** Marcel			
Dr. **Hünnerkopf** Otto		X	
Huml Melanie			
Imhof Hermann		X	
Jörg Oliver		X	
Jung Claudia			
Kamm Christine	X		
Karl Annette	X		
Kiesel Robert		X	
Klein Karsten		X	
Kobler Konrad			
König Alexander		X	
Kohnen Natascha	X		
Kränzle Bernd		X	
Kreuzer Thomas		X	
Ländner Manfred		X	
Freiherr von **Lerchenfeld** Ludwig		X	
Graf von und zu **Lerchenfeld** Philipp		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Lorenz Andreas		X	
Prof. **Männle** Ursula		X	
Dr. **Magerl** Christian	X		
Maget Franz	X		
Matschl Christa		X	
Dr. **Merk** Beate		X	
Meyer Brigitte		X	
Meyer Peter	X		
Miller Josef			
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Naaß Christa			
Nadler Walter		X	
Neumeyer Martin		X	
Nöth Eduard		X	
Noichl Maria	X		
Pachner Reinhard		X	
Dr. **Pauli** Gabriele	X		
Perlak Reinhold			
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. **Piazolo** Michael			
Pohl Bernhard			X
Pointner Mannfred	X		
Pranghofer Karin	X		
Pschierer Franz Josef		X	
Dr. **Rabenstein** Christoph	X		
Radwan Alexander		X	
Reichhart Markus	X		
Reiß Tobias		X	
Richter Roland		X	
Dr. **Rieger** Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritter Florian			
Rohde Jörg		X	
Roos Bernhard	X		
Rotter Eberhard		X	
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Dr. **Runge** Martin	X		
Rupp Adelheid			
Sackmann Markus		X	
Sandt Julika			X
Sauter Alfred		X	
Scharfenberg Maria	X		
Schindler Franz	X		
Schmid Georg		X	
Schmid Peter			
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schneider Harald	X		
Schöffel Martin		X	
Schopper Theresa	X		

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer Angelika		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schuster Stefan	X		
Schweiger Tanja	X		
Schwimmer Jakob		X	
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sibler Bernd		X	
Sinner Eberhard		X	
Dr. **Söder** Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. **Spaenle** Ludwig		X	
Sprinkart Adi	X		
Stachowitz Diana	X		
Stahl Christine	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steiger Christa	X		
Steiner Klaus			
Stewens Christa		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Strehle Max		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen			
Dr. **Strohmayr** Simone	X		
Taubeneder Walter		X	
Tausendfreund Susanna			
Thalhammer Tobias		X	
Tolle Simone	X		
Unterländer Joachim		X	
Dr. **Vetter** Karl	X		
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. **Weiß** Bernd		X	
Dr. **Weiß** Manfred		X	
Dr. **Wengert** Paul	X		
Werner Hans Joachim	X		
Werner-Muggendorfer Johanna	X		
Widmann Jutta			
Wild Margit			
Will Renate			X
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wörner Ludwig	X		
Zacharias Isabell	X		
Zeil Martin		X	
Zeitler Otto		X	
Zellmeier Josef		X	
Dr. **Zimmermann** Thomas		X	
Gesamtsumme	65	90	5